

Bezahlbares Wohnen im Landkreis Traunstein

Wohnen ist die soziale Frage im Landkreis

Der Landkreis Traunstein befindet sich in einer akuten Wohnungsnot. Neu vermieteter Wohnraum unter zehn Euro pro Quadratmeter existiert faktisch nicht mehr, in vielen Teilen des Landkreises liegen die Mieten deutlich darüber. Selbst Menschen mit mittleren Einkommen finden kaum noch eine Wohnung. Für Alleinerziehende, Menschen mit niedrigen Einkommen, Rentnerinnen und Rentner ist die Situation existenzbedrohend.

Besonders dramatisch ist die Lage für wohnungslose Menschen. Schätzungsweise 1.800 Menschen im Landkreis Traunstein haben keine eigene Wohnung. Viele anerkannte Geflüchtete leben weiterhin in Gemeinschaftsunterkünften, obwohl sie längst ein Bleiberecht haben, finden aber auf dem regulären Wohnungsmarkt keinen Wohnraum. Diese Situation ist sozial untragbar und politisch nicht länger hinnehmbar.

Wohnen ist die soziale Frage im Landkreis Traunstein. Sie entscheidet darüber, ob Menschen hierbleiben können, ob Familien Perspektiven haben und ob gesellschaftlicher Zusammenhalt möglich ist. Diese Krise muss ins Zentrum des politischen Handelns.

Unsere Antworten auf die Wohnungsnot

Gegen Wohnungsnot helfen nur zwei Dinge: bauen und Leerstand wieder nutzbar machen. Alles andere bleibt wirkungslos.

1. Kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau konsequent stärken

Der Landkreis Traunstein verfügt über eine landkreiseigene Wohnbau-GmbH. Diese muss endlich so ausgestattet werden, dass sie in relevantem Umfang bauen kann.

Die landkreiseigene Wohnbau-GmbH soll kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbau realisieren.

Der geschaffene Wohnraum darf nicht renditegetrieben sein und nicht Profitinteressen unterliegen. Ziel ist dauerhaft bezahlbarer Wohnraum, der dem Markt entzogen bleibt.

2. Kommunalen Grund und Boden sichern – Privatisierung beenden

Bezahlbares Wohnen ist ohne Kontrolle über Grund und Boden nicht möglich. Der Verkauf kommunaler Flächen an private Investoren verschärft die Wohnungsnot dauerhaft und entzieht den Kommunen jede Steuerungsmöglichkeit.

Kommunaler Grund und Boden im Landkreis Traunstein darf grundsätzlich nicht mehr an private Investoren oder renditeorientierte Anbieter verkauft werden.

Grundstücke der Kommunen und des Landkreises müssen dauerhaft in öffentlicher Hand bleiben.

Wo eine Nutzung durch Dritte erfolgt, sollen Erbbaurechte, langfristige Pachtmodelle oder sozial gebundene Konzeptvergaben angewendet werden.

Soziale Kriterien wie dauerhaft bezahlbare Mieten, Belegungsbindungen und Gemeinwohlorientierung müssen verbindlich festgeschrieben werden.

Ausnahmen vom Grundsatz des Nichtverkaufs dürfen nur in eng begründeten Einzelfällen und nach transparenten politischen Beschlüssen erfolgen.

Grund und Boden sind nicht vermehrbar. Wer sie verkauft, verliert dauerhaft Gestaltungsmacht. Öffentlicher Boden muss öffentlich bleiben.

3. Wohnbaugipfel für bezahlbares Wohnen im Landkreis

Die Wohnungsnot lässt sich nur gemeinsam lösen.

Wir fordern einen Wohnbaugipfel mit den Städten und Gemeinden des Landkreises sowie mit gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften.

Gemeinsam sollen Strategien entwickelt werden, wie bezahlbarer, gemeinwohlorientierter Wohnungsbau im gesamten Landkreis umgesetzt werden kann.

4. Gemeinnützige Wohnbaugesellschaften gezielt unterstützen

Wer dauerhaft bezahlbar baut, braucht Rückhalt.

Der Landkreis soll gemeinnützige Wohnbaugesellschaften und Genossenschaften gezielt unterstützen, insbesondere durch günstige Kredite und finanzielle Absicherung.

Gemeinwohlorientierter Wohnungsbau muss Vorrang vor renditeorientierten Investoren haben.

5. Kompetenzzentrum Wohnen auf Landkreisebene

Viele Kommunen brauchen fachliche Unterstützung bei der Schaffung von Wohnraum.

Wir fordern ein Kompetenzzentrum Wohnen, angesiedelt entweder bei der Chiemgau GmbH oder direkt beim Landkreis Traunstein.

Dieses Zentrum soll Kommunen beraten zu Förderprogrammen, gemeinnützigem Wohnungsbau, gemeinschaftlichen Wohnformen und zur Reaktivierung von Leerstand, insbesondere im ländlichen Raum

6. Sofortige Lösungen für anerkannte Geflüchtete ohne Wohnung

Dass anerkannte Geflüchtete über Jahre in Gemeinschaftsunterkünften leben müssen, ist unwürdig. Wir fordern sofortige Übergangslösungen für anerkannte Geflüchtete, die mangels Wohnraum in Asylunterkünften verbleiben.

Provisorische Wohncontainer können eine Übergangslösung sein, müssen aber ein Mindestmaß an Privatsphäre garantieren: eigener Raum sowie eigene Küche und eigenes Bad für Familien.

Ziel bleibt der schnelle Übergang in regulären Wohnraum.

7. Leerstand erfassen und Zweckentfremdung bekämpfen

Wohnraum ist zu knapp, um ihn leer stehen zu lassen.

Der Landkreis braucht eine systematische Leerstandserhebung.

Wir setzen uns für modellhafte Maßnahmen gegen Zweckentfremdung ein, insbesondere gegen spekulativen Leerstand oder die zunehmende Umwandlung von Wohnraum in Ferien- oder Airbnbwohnungen.

Wohnraum muss wieder Wohnraum werden.